



➤ Europa muss näher an den Bürgern sein

Stellungnahme der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. zum Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2007–2013)

Das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2007–2013) und schon seine Vorgänger haben sich durch Bürgernähe ausgezeichnet. Die Bürgerbegegnungen und die thematische Netzwerkarbeit zwischen Kommunen, die Projekte zur europäischen Erinnerungsarbeit und die Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen ermöglichen die transnationale Beschäftigung mit Europa, mit den unterschiedlichen Lebensstilen in Europa und der gemeinsamen europäischen Geschichte. Darüber hinaus fördern sie die aktive Auseinandersetzung der Teilnehmer/innen mit politischen und gesellschaftlichen Fragen, die sowohl in ihrem Alltag eine Rolle spielen als auch Gegenstand der EU-Politik sind (Finanzkrise, Energiegewinnung, Umweltfragen, alternde Gesellschaften, Migration, Interkultur etc.). Gerade in diesen Debatten und Reflexionen wird das wertvolle Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für die europäische Integration wirkungsvoll unterstützt, und es werden Interesse und Verständnis bei weiteren Bevölkerungskreisen für europäische Kernthemen geweckt.

Mit den geförderten Aktivitäten kann die Kluft zwischen den EU-Institutionen und der EU-Politik einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits verringert werden, die sich eindringlich 2005 anhand der gescheiterten Referenden zu dem damaligen Verfassungsentwurf zeigte. Sowohl die Geschichte der EU als auch die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen legen nahe, dass es dauerhafter Anstrengungen bedarf, Desinteresse und Unkenntnis über die EU-Politik sowie einer wachsenden EU-Skepsis entgegenzuwirken. Der europäische Mehrwert des Bürgerschaftsprogramms besteht in der Förderung der Reflexion über Europa, des Verständnisses der europäischen Herausforderungen und der aktiven Mitwirkung an ihrer Lösung in der breiten Bevölkerung.

Die Europäische Union kann nicht 500 Millionen Bürger direkt adressieren. Sie braucht Mittler, neben den zivilgesellschaftlichen Verbänden und regierungsnahen Organisationen auf nationaler und europäischer Ebene auch solche, die lokal und regional verankert sind, wie Kommunen, Vereine und Initiativen. Europäische Netzwerke und Verbände sind wichtige Plattformen für den transnationalen Austausch zu aktuellen Herausforderungen. Dennoch ist ihre Rückwirkung im Sinne von Informationsvermittlung und aktiver Bewusstseins- und Meinungsbildung auf die Bürgerinnen und Bürger begrenzt. Viele dieser Debatten auf europäischer Ebene und ihre Ergebnisse sind für die Bürgerinnen und Bürger kaum zugänglich und verweisen sie wiederum auf eine passive Rolle.

Aus den aktuellen Entwicklungen des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger«, der Zwischenevaluation (Frühjahr 2011), den Veränderungen in den Fördermodalitäten seit Anfang 2011 und dem Arbeitsplan für 2012, wird

Präsident
Prof. Dr. Oliver Scheytt,
Geschäftsführer RUHR.2010 GmbH, Essen

Vizepräsidenten
Tobias J. Knoblich,
Geschäftsführer des Landesverbandes Soziokultur Sachsen e.V., Dresden

Dr. Iris Magdowski,
Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport der Landeshauptstadt Potsdam

Schatzmeister
Kurt Eichler,
Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund

Beisitzer
Svetlana Acevic,
Forum der Kulturen Stuttgart e.V., Stuttgart

Hajo Cornel,
Abteilungsleiter Kultur im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam

Siegmond Ehrmann, MdB,
Sprecher für Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, Moers/Berlin

Prof. Monika Grütters, MdB,
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, Berlin

Bernd Hesse,
Geschäftsführer der LAKS Hessen e.V., Kassel

Dagmar von Kathen,
Leiterin des Fachbereiches Kultur der Stadt Osnabrück

Adil Kaya,
Vorstandsvorsitzender InterForum – Kunst & Kultur Nürnberg International e.V.

Prof. Dr. Armin Klein,
Professor für Kulturwissenschaft und Kulturmanagement, Ludwigsburg

Achim Köneke,
Kulturamtsleiter der Stadt Freiburg im Breisgau

Dr. Dorothea Kolland,
Leiterin des Amtes für Kultur und Bibliotheken, Berlin-Neukölln

Dietrich Koska,
Kanzler der Kunstakademie Düsseldorf, Düsseldorf

Eva Leiprand,
Kulturbürgermeisterin a.D., Augsburg

Hans-Joachim Otto, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Berlin

Dr. Dieter Rossmeyssl,
Berufsm. Stadtrat, Referent für Kultur, Jugend und Freizeit der Stadt Erlangen

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdB
Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW, Münster

Jörg Stüdemann,
Kulturdezernent der Stadt Dortmund

Geschäftsführer
Dr. Norbert Sievers
Dr. Bernd Wagner (Stellvertreter)

Bankverbindung
Bank für Sozialwirtschaft Köln
Kto.: 8228900
BLZ: 370 205 00
BIC: BFSWDE33
IBAN: DE18 3702 0500 0008 2289 00

ersichtlich, dass die Europäische Kommission das Bürgerschaftsprogramm neu ausrichtet. Die Förderung der bürgernahen, kleineren Projekte wird reduziert, die Mittel werden auf größere (und damit weniger) Projekte konzentriert. Die auf europäischer Ebene organisierte Zivilgesellschaft wird für den strukturierten Dialog mit der Europäischen Kommission gestärkt. Zugleich wird die top-down-Kommunikation seitens der Europäischen Kommission forciert. Die Reduktion der bürgernahen Förderung hat in diesem Jahr bereits zu großer Enttäuschung geführt und stellt ein Programm, das »Europa den Bürgern nahe bringen« will, grundsätzlich in Frage.

Den Ausbau der partizipativen Instrumente für die Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene sehen wir als eine Bereicherung der demokratischen Strukturen der EU. Die Förderung zivilgesellschaftlicher Partizipation darf u.E. jedoch nicht auf die großen europäischen Akteure beschränkt werden. Wir halten ein kleinteiliges Fördersystem mit differenzierten Zuschussmöglichkeiten, das finanzielle Anreize zu integrativen, innovativen und bürgernahen Projekten schafft, für unbedingt notwendig für die Entwicklung einer lebendigen und aktiven europäischen Bürgerschaft. Der damit verbundene höhere Verwaltungs- und damit Kostenaufwand muss im Falle des Bürgerschaftsprogramms akzeptiert werden. Dieses nimmt eine Sonderstellung ein, da es einen unmittelbaren Kontakt der Bürgerinnen und Bürger zu europäischen Themen und den EU-Institutionen herstellt.

Wir bitten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Reduktion des Budgets für das künftige Bürgerschaftsprogramms im Mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020 nicht zuzustimmen und sich stattdessen für eine Erhöhung der Mittel gegenüber der aktuellen Förderperiode einzusetzen. Bei der Ausgestaltung des künftigen Programms sollte an einer nennenswerten bürgernahen Projektförderung neben den strukturierten Partnerschaften mit europäischen Verbänden und Netzwerken festgehalten werden.

Bonn, 20. Juli 2011



Der Vorstand

Prof. Dr. Oliver Scheytt

– Präsident –

Die Kulturpolitische Gesellschaft e.V. ist ein bundesweiter Zusammenschluss von z. Zt. ca. 1.400 kulturpolitisch engagierten Mitgliedern aus den Bereichen Kulturarbeit, Kunst, Politik, Wissenschaft, Publizistik und Kulturverwaltung. 1976 von reformorientierten KulturpolitikerInnen gegründet, setzt sie sich für eine aktive Kulturpolitik ein, die kulturelle Vielfalt und künstlerische Freiheit als Grundlagen einer demokratischen multikulturellen Gesellschaft sichert und möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglicht.